

Ende der Freundschaft?

von Ahmed Fazl

Obwohl der Zeitpunkt der nächsten Parlamentswahlen weiterhin offen ist, kristallisiert sich bereits ein großes Wahlkampfthema heraus. Der 23 Jahre alte indisch-bangladeshische Freundschaftsvertrag steht im Mittelpunkt der Wahlkampfreden aller großen Parteien des Landes, die eine Verlängerung des Abkommens einhellig ablehnen.

"Sollte der Freundschaftsvertrag zwischen Indien und Bangladesh einen natürlichen Tod sterben, wird ihn niemand vermissen", so Farooq Sobhan, Staatssekretär im Außenministerium in Dhaka. Damit drückt er aus, was viele politische Beobachter in beiden Ländern seit langem denken. Dhaka und Delhi können sehr gut ohne den Vertrag leben; trotz seines Bestehens haben sich die nachbarschaftlichen Beziehungen zusehends verschlechtert. "Es gibt eine breite Strömung im Land, die den Vertrag als unnötig empfindet", so Sobhan weiter, der früher als Botschafter in Delhi fungierte.

Dies war nicht immer so. Als der Vertrag im März 1972 zwischen Sheikh Mujibur Rahman (Bangabandhu) und der indischen Premierministerin Indira Gandhi geschlossen wurde, besaß er große symbolische Bedeutung für das erst wenige Monate vorher unabhängig gewordene Bangladesh, dessen neuer Status ohne die Unterstützung Indiens nicht möglich geworden wäre. Auch Sobhan bezeichnet den Vertrag als "unschuldiges Dokument", welches "weder die Souveränität Bangladeshs gefährdet noch die Unabhängigkeit des Landes untergräbt." Wer die zwölf Artikel des Vertrages liest, kann in der Tat keine Besonderheiten feststellen.

Doch die "große Politik" sieht das anders. Heute - 23 Jahre später - ist der Vertrag zu einer Hypothek für die oppositionelle 'Awami League' (AL) unter Führung von Sheikh Hasina, Tochter des am 15. August 1975 ermordeten Mujibur Rahmans, geworden (siehe dazu auch den Beitrag von Walter Keller in dieser Ausgabe). Es war die AL, die den Vertrag mit Indien abschloß und dem die Hauptschuld an der großen wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit Bangladeshs vom Nachbarn Indien gegeben wird. Vergessen scheint, daß nach 1975 die 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) und später die 'Jatiyo Party' unter Ershad herrschte - beide Militärregime machten die Kündigung des Vertrages nicht einmal zum Thema. Dennoch gelang es der BNP bei den Wahlen von 1991, die AL als Vasall Indiens darzustellen, der mit dem Vertrag banglades-

hische Interessen preisgegeben habe.

Um nicht wieder Opfer dieser Strategie zu werden, schlägt nun auch Sheikh Hasina auf den Vertrag ein und beschuldigt ihrerseits die BNP, die Interessen Bangladeshs zu opfern. "Ich werde umgehend den Vertrag mit Indien annullieren, sollte die 'Awami League' die Regierungsverantwortung übernehmen", so das Credo ihrer Wahlkampfreden. Und: "Die jetzige BNP Regierung hilft Indien dabei, unseren Markt mit indischen Produkten zu überschwemmen". Nicht in der Schuldfrage, wohl aber inhaltlich erhält sie dabei Rückendeckung vom BNP Abgeordneten Mashiur Rahman, der kürzlich mit einer Resolution scheiterte, die einen Einfuhrstopp für alle indischen Güter forderte. Finanzminister Saifur Rahman hatte daraufhin seinem Parteikollegen zu verstehen gegeben, daß man mit besserer Produktqualität und wettbewerbsfähigen Preisen sich der indischen Herausforderung stellen müsse, nicht mit Verboten.

BNP Vorsitzende und Regierungschefin Khaleda Zia reagierte kürzlich auf einer Pressekonferenz gegenüber ausländischen Journalisten auf die Offensive der AL: "Wir werden den Vertrag 1997 nicht erneuern und sicherstellen, daß in Zukunft kein solches Abkommen mit irgendeinem Land geschlossen wird."

Die "indische Karte" im Wahlkampf spielt auch die religiös-orthodoxe 'Jamaat-e-Islami' (JI), die als Anhänger der "großpakistanischen" Idee traditionell Indien als außenpolitischen Gegner betrachtet. "Indien ist unser größter Feind", heißt es dann auch in JI Slogans. Die JI und andere religiöse Gruppen wollen Bangladesh in eine islamische Republik und zugleich in ein Bollwerk gegen den indischen Hinduismus verwandeln.

Die indische Seite nimmt eine eher entspannte Position zum Vertrag ein. "Sollte der Vertrag 1997 nicht verlängert werden, wird er eben auslaufen. Als er unterzeichnet wurde, reflektierte er die besondere Rolle, die Indien auf Wunsch der damaligen bangladeshischen Regierung übernehmen sollte und von Indien

auch akzeptiert wurde. Indien hat aus dem Vertrag keinerlei Vorteile auf Kosten seines Nachbarn gezogen", so der frühere indische Staatssekretär im Außenministerium J.N. Dixit. "Falls unsere Freunde in Bangladesh gegen eine Verlängerung des Vertrages stimmen werden, sollten wir ohne Zögern zustimmen. Wir sollten nicht zulassen, daß das Abkommen für innenpolitische Zwecke in Bangladesh mißbraucht wird." Dagegen spricht sich der indische Außenminister P. Mukherjee für eine Verlängerung des Vertrages aus, ohne indes die Souveränität Bangladeshs in diesem Punkt in Frage zu stellen.

Ob mit oder ohne Vertrag, die beiderseitigen Beziehungen werden weiterhin belastet bleiben, sollten keine Lösungen in der Frage der Teilung der Wasserressourcen (siehe dazu den Beitrag in dieser Ausgabe), der Grenzziehungen im Golf von Bengalen und der illegalen Wanderungsbewegungen gefunden werden.

Weitere Konfliktpunkte werden deutlich, wenn Farooq Sobhan den indischen Wunsch nach Transitrechten erwähnt, um Westbengalen mit den nordöstlichen Bundesstaaten zu verbinden - ein Anliegen, das wegen seinen "politischen" Implikationen wohl von keiner bangladeshischen Regierung akzeptiert werden kann. Zu nennen ist auch die mit Schnecken tempo vorankommende Repatriierung von Chakma Flüchtlingen aus dem indischen Exil in die heimatlichen 'Chittagong Hill Tracts'.

Politische Beobachter argumentieren, daß mit der Gründung der 'South Asian Association for Regional Cooperation' (SAARAC; siehe dazu auch den Beitrag in 'Südasiens' 4-5/95) ein Freundschaftsvertrag überflüssig geworden sei, da SAARAC die beiden Staaten in einem kooperativen Rahmen einbinde. "Da von dem Vertrag niemals Gebrauch gemacht worden ist, sollte niemand Anteil nehmen, wenn er auf dem Müllhaufen der Geschichte landet", so lautete kürzlich ein Kommentar in der Zeitung 'Dhorer Kagoj', die als politisch neutral gilt.

(Übersetzung: Martin-Peter Houscht)